

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altstadt

Abonnementpreis: frei wählbar einjährlich, Bruttoabgabe vom 1. bis 31. August
500 000,— M., unter Abgabe für Deutschland wöchentlich 260 000,— M.
Einzelnnummer 60 000,— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Kopierzeile 100 000,— M., auswärts
120 000,— M., die 8spalt. Reklamazeile 400 000,— M., auswärts 500 000,— M.
Kunstab 400 000 u. 1 200 000 M. Bei mehrmal. Aufgab. Ermäßig. Familien-
angeig. Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Briefniederleg. 40 000 M.

Nr. 194

Dresden, Dienstag den 21. August 1923

34. Jahrg.

Unerhörte Kohlenpreise

Die Kohlenpreispolitik ist eines der kritischsten Kapitel der Nachkriegswirtschaft. Um eine Ueberhöhung der Kohlenpreise zu vermeiden und gleichzeitig dem Gedanken der Sozialisierung des Kohlenbergbaues näherzukommen, hat man für die Kohlenwirtschaft einen Selbstverwaltungskörper geschaffen, in dem Preise und Produktionsfragen, die die ganze Industrie betreffen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Produzenten und Verbrauchern gemeinsam behandelt werden sollen. Das geschieht seit Jahr und Tag und gab schon seit langem Anlaß zu schweren Meinungen. Die Unternehmer erklärten jedesmal rund herum, Lohnerhöhungen nicht bewilligen zu können, wenn nicht auch die Preise im bestimmten Verhältnis erhöht werden. Bereits unter der Tätigkeit des Genossen Schmidt als Reichswirtschaftsminister ergab sich wiederholt der Zustand, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Reichskohlenverbandes zusammen eine Kohlenpreiserhöhung forderten, die in diesem Umfang nach den Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums nicht gerechtfertigt war, so daß dieses dagegen Einspruch erhob. Die Sozialisierungskommission hat sich in ihrem späteren Gutachten wiederholt mit der Kohlenpreispolitik beschäftigt und daraufhin zwei Gutachten ausgearbeitet, deren mildestes befragte, daß die Produktionskosten des Kohlenbergbaues durch eine Ausgestaltung des Syndikats offengelegt würden. Das ist bisher nicht geschehen. Schon einmal, nach der ersten Stützungaktion der Mark, überschritten die deutschen Kohlenpreise diejenigen des Weltmarktes. Damals setzte man die Kohlensteuer, die noch 40 Prozent betrug, auf 30 Prozent herab in der Hoffnung, auf diese Weise den Preisabbau fördern zu können. Das ist nicht gelungen. Obwohl die Kohlenpreise zurückgingen, stiegen die Industriewaren und Lebensmittel weiter, bald darauf fiel auch die Mark wieder und es fand sich niemand, der nun auch die Kohlensteuer wieder heraufgesetzt hätte.

Der Fall, daß die Kohlenpreise über die Weltmarktpreise hinausgehen, hat sich jetzt wiederholt. Die deutsche Kohle, und zwar die rheinisch-westfälische Fettsäurekohle, kostet jetzt 35 Millionen Mark pro Tonne, während englische Kohle für 35 Millionen Mark trotz der erhöhten Eisenbahntarifen noch zu haben ist. Der Zustand wäre begründet, wenn sämtliche auf dem Kohlenbergbau ruhenden Unkosten mit dem Dollarkurs übereinstimmten. Das ist nicht der Fall. Vor allem ist es die große Gruppe der Löhne, die weit hinter dem Dollarkurs zurückbleibt. Ihr steht allerdings gegenüber, daß diese Materialpreise, z. B. Grubenholz, Eisen und Stahl usw., sich über den Dollarkurs hinaus verteuert haben. Dieser Umstand wird von den Interessenten immer mit sehr archem Nachdruck hervorgehoben, wenn die Kohlenpreiserhöhung über die Steigerung der Löhne hinaus erfolgen soll. Aber es läßt sich nur schwer kontrollieren, bis zu welchem Grade die Steigerung der Materialkosten nicht auf Wuchererwerbungen derselben Preise zurückzuführen ist, die im Kohlenbergbau nachgehend bestimmen. Die Kohlenpreise, die heute nicht mehr mit einem Gültenswert verschmolzen, also selbst Eisenbrocken sind, sind heute nicht mehr sehr zahlreich. Bei der Verteuerung des Holzes spielt eine große Rolle, ob die Kohle einläufe der großen Konzerne immer mit derjenigen Wirtschaftlichkeit erfolgt sind, die von dem Streben nach niedrigen Kohlenpreisen diktiert sein müssen. Wie in andern Industrien, so haben auch bei den Gruben derartige Materialien oft als Kapitalanlage gedient und sind gerade in der Zeit sprunghafter Preissteigerungen in einem Maße aufzukaufen worden, das selbst wieder preiserhöhend wirken mußte. Aus all diesen Gründen ist es schwer zu entscheiden, ob nicht die Erhöhung der Materialpreise für den Kohlenbergbau zu einem wesentlichen Teile verhältnismäßig werden konnte oder ob sie nicht vielmehr von einzelnen Interessentengruppen mißbraucht, wenn nicht planmäßig gefördert wurde, um unter Berufung auf die höhere Kohlenpreise durchsetzen zu können.

Der Reichskohlenrat hat aus der Ueberforderung der Kohlenpreise die Konsequenz gezogen, erneut den Antrag auf Erlass der Kohlensteuer zu stellen. Das ist für die Reichsfinanzen unerträglich. Andererseits würde die Aufrechterhaltung eines Inlandskohlenpreises, der höher ist als der Preis für Auslandskohle, dazu führen, daß die Kohleneinfuhr maßlos vermehrt und dadurch der Devisenmarkt für in Anspruch genommen würde. Daneben sind die Folgen für die Kohlenverbraucher in Industrie und für den Einzelverbraucher, der ja nicht nur Hausbrand, sondern auch Gas, elektrischen Strom und andre „veredelte“ Kohle in großen Mengen verbraucht, derart katastrophal, daß der Versuch zu einer Senkung der Kohlenpreise mit größter Entschiedenheit durchzuführen werden muß.

Die Uebersteuerung der Inlandskohle hat bereits dazu geführt, daß in der dritten Augustwoche das mit inländischen Brennstoffen erlassene Kobelisen um 11,3 Millionen Mark teurer ist als solches, das aus einem Gemisch von Inlands- und Auslandskohle hergestellt wurde. Welche unannehme Belastung die Kohlenverteuerung für die städtischen Werke bringt, ist bekannt. Es kann auch nicht ausbleiben, daß die Eisenbahntarife, die sich zu einem Teil auch auf dem Preis der inländischen Kohle aufbauen, weiter heraufgesetzt werden müssen, daß die verarbeitende Industrie ihre Fabrikatpreise erhöht und daß auf diese Weise die Inflation durch die allgemeine Preisgestaltung einen neuen Antrieb erhält.

Aus all diesen Umständen und Gefahren heraus erscheint eine scharfe Nachprüfung der Kohlenpreispolitik unbedingt erforderlich. Die Selbstkosten des Kohlenbergbaues

müssen einmal einer rücksichtslosen Nachprüfung unterzogen werden, wenn man überhaupt hoffen will, die Preisschraube zum Stillstand zu bringen. Schon jetzt ist der innere Markt vollkommen zerrüttet, es fehlt an Absatz, weil die Kaufkraft der Bevölkerung hinter dem Steigen der Warenpreise derart zurückbleibt, daß nur noch Großverdiener alles über das Minimum an Nahrungsmitteln hinausgehende kaufen können, ehe an eine Abschwächung der Lohnforderungen gedacht werden kann. Dann aber muß ernst gemacht werden mit einer Wirtschaftspolitik, die auf eine Mäßigung in der Preisbildung der Unternehmerkategorie hinarbeitet. Von ihr ist bisher noch nicht viel zu spüren gewesen.

Die Bergarbeiterorganisationen haben den in voriger Woche gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Am Mittwoch finden deshalb neue Verhandlungen statt, denen sich am Donnerstag die allmähentlichen Verhandlungen zur Festsetzung der Berechnungsziffer für die Löhne anschließen sollen.

Die Bergbauunternehmer beabsichtigen, mit Rücksicht auf die zu erwartenden Lohnerhöhungen ebenfalls noch im Verlauf dieser Woche eine entsprechende Steigerung der Kohlenpreise zu beantragen und durchzuführen. Da die deutsche Kohle bereits heute den Weltmarktpreis überschritten hat und englische Kohle jetzt viel billiger zu beziehen ist, vorausgesetzt, daß natürlich die notwendigen Devisen vorhanden sind, muß eine weitere Steigerung der Kohlenpreise zu einer Krise in der Exportindustrie führen, die große Arbeitslosigkeit nach sich zieht und so für die deutsche Wirtschaft große Gefahren in sich birgt. Hinzu kommt, daß schon heute insbesondere die mitteldeutschen Braunkohlenbergwerke mit Absatzstörungen rechnen müssen. In Anbetracht der Gewinne, die den Bergbauunternehmern bei Abschreibung der Unkosten für den Zechenbetrieb bei den gegenwärtigen Kohlenpreisen bleiben, wäre es mehr als annehmbar, auf neue Erhöhungen von selbst zu verzichten. Das erscheint uns so notwendig, als insbesondere die Zechenbesitzer des Ruhrgebietes in den letzten acht Monaten der Ruhrbesetzung auf Kosten des Staates ihre Gruben ausbessern konnten. An einen Verzicht des Reiches auf die Kohlensteuer ist auf Grund der kritischen Finanzlage nicht zu denken. Einen Vorstoß in dieser Richtung sollte man deshalb von vornherein aufgeben.

Für Beschlagnahme der Devisen

Deutschlands wirtschaftliche Lage ist bitter ernst. Die wirkliche Größe der zu überwindenden Schwierigkeiten hat sich erst ergeben, nachdem die neuen Minister Gelegenheit gehabt haben, einen Ueberblick über den Gang der bisherigen Geschäfte zu gewinnen und insbesondere die trügerischen Schlussfolgerungen der Geschäftsführung des Finanzministers Hermes klarzustellen. Es hat keinen Sinn, die Verhältnisse rofiger oder katastrophaler zu malen, als sie tatsächlich sind. Aber das eine ist sicher: Die letzten vom Reichstag beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen erscheinen heute gegenüber den finanziellen Bedürfnissen des Reiches geradezu als Palliativmittel. Und trotzdem versuchen unsere „nationalen Kreise“ auch heute wieder nach Möglichkeit, die ihnen auferlegten Kosten von sich abzuwälzen. Noch unter der Kanzlerschaft des Herrn Cuno hat sich unsere Wirtschaft gemeinsam mit den Banken bereit erklärt, 50 Millionen Mark in Devisen zur Veranschaffung von Fetten für die Bevölkerung bereitzustellen. Die Banken haben ihre 10 Millionen

gezahlt, unsere Industrie dachte aber bisher nicht daran, den Verpflichtungen gegenüber dem Staate ordnungsgemäß gerecht zu werden.

Wenn es noch eine Möglichkeit gibt, den Verrat derer am Volke zu bannen, die aus Geschäftsgründen sonst zu den eifrigsten Durchhaltepolitikern gehören, dann sind es die diktatorische Maßnahmen der Reichsregierung.

Was ist zu tun? Nichts darf unversucht bleiben, um wenigstens als Voraussetzung zur Befriedung unserer allgemeinen Lage stabile Währungsverhältnisse zu schaffen und so die Inflationsgewinnler zu erlebigen. Das ist jedoch nur möglich, wenn dem Staat vorerst ein Interventionsfonds zur Verfügung steht, mit dem er der katastrophalen Lage auf dem Geldmarkt entgegenarbeiten kann. Zur Schaffung eines Interventionsfonds sehen wir deshalb vorläufig keine andre Möglichkeit, als die Beschlagnahme der in Deutschland befindlichen Devisenbestände. Mit der Ankündigung allein ist es freilich nicht getan. Vor allem ist dafür Sorge zu tragen, daß einer Verschleierung der Devisenbestände nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Ein gutes Mittel hierzu ist die eidesstattliche Verpflichtung des vermutlichen Devisenbesizers und der Banken. Jeder Reineid aber muß außer den üblichen Strafen mit der konfiskatorischen Enteignung sämtlicher Guthaben, die der Betroffene auf deutschem Boden in irgend einer Form besitzt, unter Einschluß des Besitzes seiner Familienmitglieder bestraft werden.

Voraussetzung zu dem Gelingen dieser Aktion ist das Verschwinden Hagensteins. Ihre Aktion gegen diesen Mann, dem wir an dem heutigen Abend einen großen Teil Schuld geben, ist in der Wilhelmstraße nicht ohne Eindruck geblieben. Stresemann ist eifrig auf der Suche nach einem Nachfolger für Herrn Hagenstein.

Wir haben gerade jetzt allen Anlaß, uns für die bevorstehenden Reparationsverhandlungen durch eine Stabilisierung der Verhältnisse im Innern vorzubereiten und zu stärken. Es ist möglich, daß die Zeit zu neuen Verhandlungsversuchen allgemein herankommt. Bei geschickter Ausnutzung der Lage durch die Regierung ist zum mindesten die Möglichkeit zu einer Verständigung gegeben, die für Deutschland erträglich scheint. Dafür steht die inneren Voraussetzungen zu schaffen, ist Pflicht der deutschen Regierung.

Der erste Schritt

Berlin, 20. August. Amtlich. Das Reichskabinett hat in einer heute Abend unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Sitzung über grundlegende Wirtschaftsmassnahmen Beschluß gefaßt, die nach Beschlagnahme mit den Parteiführern unverzüglich im Wege der Notverordnung durchgeführt werden sollen.

Weitere Meldungen beizagen: Der Reichstag wird das wirtschaftspolitische und finanzpolitische Programm der Regierung wahrscheinlich in einer Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages bekanntgeben, die für Donnerstag den 23. August, vormittags 10 Uhr, angesetzt ist. Von der Sozialdemokratischen Partei wird eine Notverordnung des Reichspräsidenten verlangt, die dem Finanzminister die Möglichkeit bieten soll, bei den Banken die Höhe der Devisenkonten festzustellen und so eine etwa notwendig werdende Beschlagnahme aller Devisenbestände vorzubereiten. Ob die in der amtlichen Meldung angeführte Notverordnung bereits diese Möglichkeit enthält, ist noch nicht bekannt. Das Kabinett soll entschlossen sein, mit aller Energie dem weiteren Verlauf zu steuern. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts müssen kraftvoll ihre Aufgabe erfüllen.

Die Liquidierung von Versailles

O. P. London, 17. August.

Es kann nun, nach der englischen Note, kein Zweifel mehr sein, daß in England eine entschiedene Stimmung geht, die Politik der letzten drei Jahre zu revidieren. Dies bedeutet wohl nicht das Ende der Entente; da man ebenso gut der Meinung sein kann, die Entente bestehe seit Frankreichs gesondertem Austritt aus dem Schicksal der Pariser Konferenz schon längst nicht mehr, als der andere, die beiderseitige Ehen vor den Konsequenzen ihres Bruchs ließe. Immer wieder durch Noten fließen. Aber es bedeutet den Anfang vom Ende jener weltpolitischen Situation, die im Rahmen dieser Entente bisher bestand und sich in dem Vertrag von Versailles ihr triumphierendes Denkmal gesetzt hat: der unbestrittenen politischen und militärischen Vorherrschaft Frankreichs. Ist die englische Note also nicht das Ende der Entente, so ist sie doch der Anfang der Liquidation von Versailles.

Denn was anderes als eine Verteilung bisher unerschlossener Fortwände der Weltmacht ist es, wenn die englische Diplomatie heute nicht nur die Rechtsfrage der Ruhrbesetzung aufwirft, sondern auch sehr energisch und lautmännlich jede sentimentale Begehrde von dem Vortritt der zerstörten belgischen Städte gegenüber den verletzten englischen Schiffen zurückweist und den Franzosen vorrechnen, daß sie drei- bis viermal mehr verlangen, als ihnen gebührt? Wird nicht Frankreich vorgeschalten, wie die Welt bereits gezahlt habe und daß die erklärte Bereitwilligkeit Deutschlands, jede internationale Sachverhältnissen über seine Zahlungsfähigkeit anzuerkennen, keineswegs ohne Wert sei? Ja, was; nicht die englische Regierung sogar die Reparationskommission als das zu bezeichnen, was sie wirklich ist: als ausschließliches Werkzeug der französisch-belgischen Politik?

Die Erklärung für diese Zweifel ist in wenigen Zahlen gegeben. Die Zahl der Arbeitslosen in England ist in der letzten Juliwoche von 1 184 000 auf 1 195 000 gestiegen. Die englische Einfuhr ist seit Mai um 7 Millionen Pfund, die Ausfuhr in derselben Zeit um 12 Millionen Pfund gesunken. Die Gesamtsumme, die seit dem Jahre 1919 an öffentlichen Mitteln für die Umgestaltung der Arbeitslosen aufgewendet wurde, beträgt 400 Millionen Pfund. Es ist die Sprache dieser Zahlen, die aus der letzten englischen Note spricht!

Aber diese Sprache der wirtschaftlichen Tatsachen wird nur von einem Teil der englischen Politiker verstanden. Es ist die Gruppe der Industriellen und Finanzleute in der konservativen Partei, deren Führer Baldwin ist und denen die Angst vor einem vierten Winter der Arbeitslosigkeit, vor weiterem Niedergang des Handels und weiterem Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Gliedern steht. Ihnen steht die Gruppe der Grundbesitzer, Offiziere, Kleinbürger und Angestellten gegenüber, die diese wirtschaftlichen Interessen entweder nicht teilen oder, soweit sie sie teilen, sie nicht erkennen: sie fürchten noch immer die deutsche Konkurrenz und tief innen fikt ihnen der Haß gegen den „Gummen“ — sie können nicht in neun Monaten vergehen, was ihre Regierungen und die Zeitungen sie so nachdrücklich in neun Jahren erleben haben. So tritt innerhalb der konservativen Partei die Verwirrung der wirtschaftlichen Interessen, die durch demokratische Tradition und gesellschaftliche Vermischung sonst ziemlich verwischte Scheidung in die einzelnen Klassen der Vorkriegszeit demnach zurück. Der alte Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzöllnern, zwischen den Schiffbrüchigen, denen Deutschland ein guter Kunde, und den Erzeugern, denen es ein scharfer Konkurrent war, mischt sich drein.